Das neue Paar erklärt sich

BFF und BIG kooperieren im Römer

Es war eine Überraschung, als die Wählergruppe BFF (Bürger Für Frankfurt) und die BIG Partei (Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit) vor Ostern ankündigten, in der künftigen Stadtverordnetenversammlung eine gemeinsame Fraktion bilden zu wollen. Mit der Unterzeichnung des Fraktionsvertrages und der konstituierenden Fraktionssitzung hat die neue „BFF-BIG-Fraktion im Römer“, wie sie nun heißt, ihre Arbeit aufgenommen. BFF-Chef Mathias Mund, der sich nach dem Verlust des Fraktionsstatus infolge des verschlechterten Kommunalwahlergebnisses schon arbeitslos gemeldet hatte, ist zum ersten Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Sein Stellvertreter wird Haluk Yildiz, Bundesvorsitzender der BIG Partei. Er soll am 1. April 2024 den Fraktionsvorsitz übernehmen, zumindest nach Lage der Dinge – er ist der einzige Stadtverordnete von BIG.

Die Zusammenarbeit dieser ungleichen Gruppierung ist so erklärungsbedürftig, dass Mund, Yildiz und Ingeborg Leineweber, die als dritte Stadtverordnete die Fraktion komplettiert, am Mittwoch eine Pressekonferenz abhielten. Auch Wolfgang Hübner, früherer Stadtverordneter und prägende Gestalt der BFF, kam dazu. „Na klar, das hat mich auch überrascht“, sagte er, auf die Kooperation angesprochen. Bei der Konferenz wa-

Politische Ehe: *Mathias Mund und Haluk Yildiz (rechts)* Foto Bergmann/dpa

ren alle Augen auf die beiden aktuellen Frontmänner Mund und Yildiz gerichtet, die – oberflächlich betrachtet – aus unterschiedlichen politischen Lagern kommen: Mund führt die BFF, die sich politisch rechts der CDU verortet, in der Vergangenheit mit migrations- und islamkritischen Äußerungen aufgefallen war, sich zuletzt aber deutlich in Richtung Mitte orientierte. „Die BFF ist nicht mehr die gleiche Gruppe wie vor fünf oder zehn Jahren“, sagte Mund. Yildiz wiederum, der vor rund einem halben Jahr nach Frankfurt gezogen ist, nachdem er elf Jahre lang im Bonner Stadtrat gesessen hatte, kämpft mit seiner bundesweiten Kleinpartei unter anderem gegen die Diskriminierung von Migranten. Ist das ungleiche Paar eine reine Zweckgemeinschaft, nachdem die Gespräche der BFF mit den Freien Wählern gescheitert waren – und BIG einen Partner suchte? Oder eine politische Ehe aus Überzeugung?

„Wir waren uns auf Anhieb sympathisch“, sagte Mund. „Wir sind nicht gleich, aber wir ergänzen uns gut“, meinte Yildiz. Fraktionschef Mund war bemüht, die gemeinsamen kommunalpolitischen Anliegen in den Vordergrund zu stellen – von der Sanierung der städtischen Finanzen, der Aufklärung des Awo-Skandals bis hin zur Stadtentwicklung und Verkehrspolitik. Als Äquivalent für das kommunale Wohngeld, ein Anliegen der BFF, sieht er die BIG-Forderung nach einem kommunalen Programm gegen Armut. „Da passt kein Blatt Papier zwischen uns“, sagte Mund.

Nah beieinander sehen sich die beiden Partner auch bei gesellschaftspolitischen Themen, die mitunter wenig Kommunalpolitisches haben – und deutlich konservative Züge tragen. Yildiz lehnte die „Übersexualisierung von Kindern“ im Schulunterricht ab – damit spielte er auf eine frühere Debatte in Berlin an –, Mund will vom „Genderwahnsinn“ nichts wissen. Auf ihre Haltung zum Thema gleichgeschlechtliche Liebe angesprochen, sprachen sich beide dafür aus, die traditionelle Ehe und Familie als besonders „schützenswert“ zu erachten. Gegen den Vorwurf der Homophobie verwahrte sich Yildiz, er sei nicht „gegen die Neigung, sondern gegen die Instrumentalisierung der Neigung“ zu politischen Zwecken.

Mund wurde allerdings etwas unruhig, als der türkischstämmige Yildiz auf Nachfrage die „hervorragende Integrationsarbeit“ der Ditib rühmte, des größten islamisch-sunnitischen Verbandes in Deutschland mit engen Verbindungen nach Ankara. „Wir wollen vermitteln“, sagte Yildiz. „Das werden aber nicht die Themen sein, mit denen wir uns hier beschäftigen“, sagte Mund. mben.

„Die Ära Merkel war prägend“

Der CDU-Politiker Axel Kaufmann hat sich im Wahlkreis 182 gegen Matthias Zimmer durchgesetzt und kandidiert für den Bundestag. Sollte das gelingen, ginge der Bankangestellte in einer Zeit des politischen Umbruchs nach Berlin. Was will er erreichen?

Sie treten für die CDU im Frankfurter Wahlkreis 182 an – und wollen in den Bundestag. Was wollen Sie in Berlin erreichen?
Mir ist die Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft wichtig. Der Staat sollte darüber nachdenken, wie er wieder mehr Wettbewerb zulassen kann. Vieles ist zu langsam und zu stark reguliert. Verkehr, Wohnungsbau, Ökologie – die CDU ist strukturell eher in ländlichen Gebieten verwurzelt, aber ich kann die Frankfurter Großstadtthemen nach Berlin bringen.

Sind Sie denn mit der Außenwirkung Frankfurts zufrieden?
Bei Frankfurt müssen wir immer das ganze Powerhouse Rhein-Main mitdenken – und das Image hat sich verbessert: Als ich in den neunziger Jahren von Bremen nach Frankfurt gekommen bin, hatte die Stadt noch einen miserablen Ruf. Da wurde ich bemitleidet, nach Frankfurt gehen zu müssen. Heute hat die Stadt einen guten Ruf. Die Wirtschaftskraft, die Kulturszene – wir müssen die Dynamik allerdings erhalten.

Sie treten gegen die Grünen-Politikerin Deborah Düring, den SPD-Kandidaten Armand Zorn und Frank Maiwald von der FDP an. Da sind Sie mit Ihrem Wirtschaftsprofil nicht allein.
Ich freue mich erst einmal, dass die SPD den Kampf annimmt. Von den Wahlergebnissen sieht es ja auch gut für die Grünen aus. Inhaltlich werde ich mit Herrn Zorn sicherlich über die Pläne von Olaf Scholz streiten, die Steuern bei Einkommen ab 200 000 Euro erhöhen und eine Vermögensteuer einführen zu wollen. Das wird ein spannender und knackiger Wahlkampf.

Den ein Kandidat wie Sie niemals allein steuern kann. Gelegentlich wird man für Dinge kritisiert, die man selbst nicht verbockt hat – wie die Maskenaffäre.
Ja, das kenne ich schon aus dem Kommunalwahlkampf an den Info-Ständen. Ich kann da nur sagen: Gewissermaßen stehe ich auch für einen Neuanfang.

Sie meinen, auch für einen Neuanfang innerhalb der Partei?
Wenn ich mir die Koalitionsgespräche in Frankfurt anschaue: Wir müssen als CDU abwägen, was wir bereit sind, an Kröten zu schlucken. Wir müssen anerkennen, die Grünen haben das Mandat – aber auch nicht die absolute Mehrheit. Die größte Gefahr wäre, in einem Bündnis zu sein, in dem die CDU-Handschrift fehlt. Dann wird der Abwärtstrend bei der CDU weitergehen.

Was ist die Handschrift der CDU?
Wir versuchen, die Initiative der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Natürlich ist auch Wirtschaftskompetenz eine Frage. Für Frankfurt ist die Verkehrspolitik wichtig – wie bekommen wir die mit der Ökologie in Einklang? Bei 300 000 Pendlern, das muss man erst mal unter einen Hut bekommen!

Will nach Berlin: *Axel Kaufmann kandidiert für den Bundestag.* Foto Laila Sieber

Wie wollen Sie da das Profil schärfen?
Wir sind die Partei des Sowohl-als-auch. Das mögen manche langweilig finden. Aber es ist so leicht „Fahrradfahren wie in Kopenhagen“ zu plakatieren – nur, was heißt das konkret, wenn Sie auf dem Grüneburgweg stehen? Die Sorgen der Einzelhändler muss man auch einbeziehen. Klar, es gibt ein Bedürfnis, Radwege auszubauen – aber ich muss auch den Rest der Bevölkerung mitnehmen. Das ist manchmal fad, ja.

Sie sind Chef der Westend-CDU. Auch dort haben Sie an die Grünen verloren.
Wir müssen diesen innerstädtischen Milieus ein besseres Angebot machen. Bei der Wohnqualität, aber auch der ökologischen Gestaltung. Die Grünen bedienen ein Lebensgefühl, und da müssen wir zeigen, dass auch wir Angebote haben, die vielleicht mehr auf Ideenwettbewerb setzen.

Müssen Sie die Grünen nicht rhetorisch stärker angreifen? Das wirkt immer so kuschelig zwischen Ihnen.
Bestimmt! Das Problem ist, wenn man mit vielen Grünen zusammenarbeitet, dann macht das Spaß – es sind nette Leute, und man hat einen guten Draht zueinander.

Das ist die Crux und zugleich der Vorteil von Kommunalpolitik. Aber Sie wollen in den Bundestag. Und überregional kann man die Gegensätze akzentuieren.
Das wird ein Thema sein. Das Wahlprogramm der Grünen postuliert schon eine Menge Verbote. Im Bund sprechen wir dann ja auch über verschiedene Vorstellungen in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Die CDU ist im Umbruch: Angela Merkel tritt nach 16 Jahren im Kanzleramt ab. Ihre Bilanz?
Die Ära Merkel war absolut prägend. Vielleicht war aber dieser dauernde Krisenmodus, in dem sie zuletzt regiert hat, schwierig. Nach 16 Jahren ist ein Punkt erreicht, an dem neue Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Die CDU muss wieder lernen, marktwirtschaftlicher zu denken. Corona hat gezeigt, wir müssen schneller werden. Die Diskussion kann ich noch nicht prägend mitgestalten, aber wir müssen unbedingt schneller in die Umsetzung kommen. Das dauert immer irre lange. Der Glasfaserausbau ist so ein Beispiel. Grundsätzlich brauchen wir in Deutschland doch keinen Wettbewerb zu scheuen. Bei allem Stolz auf unsere Bundeskanzlerin dürfen wir Frau Merkel nicht nur hinterhertrauern. Wir müssen vieles neu und anders machen.

Was soll denn bleiben, was hat sie richtig gemacht?
Die CDU kann ihr im gesellschaftspolitischen Bereich sehr dankbar sein. Wir können stolz sein auf das, was sie erreicht hat. Homo-Ehe, Gleichstellung, da ist die CDU in den letzten Jahren richtig modern geworden.

Die Initiativen dazu kamen ja auch von anderen Parteien. Einige in Ihrer Partei wollen die CDU eher konservativer sehen – und pochen auf traditionelle Familienwerte.
Das schließt sich doch gar nicht aus. Ich nehme ja keinem etwas weg, indem ich gleichgeschlechtliche Paare besserstelle. Zwei Menschen wollen Verantwortung füreinander übernehmen und bekennen sich zur Ehe, das ist doch sensationell! Ich war früher durchaus anderer Meinung und komme aus einem eher konservativen Milieu. Aber wenn man darüber nachdenkt und auch schwule Paare kennenlernt, dann sieht man: Das ist gut und richtig.

Der CDU fällt es schwer, bestimmte Gruppen der Großstadt anzusprechen – zum Beispiel Migranten. Wie wollen Sie das ändern?
Die Ansprache dieser Gruppen ist eine riesige Herausforderung. In meinem Stadtbezirksverband wollen wir einen externen Berater einladen, der uns zeigt, wie man moderne Diversitätsstrategien in die Partei einbringt. Mit Quoten haben wir es ja nicht so in der CDU …

… stimmt, das ist ein unpopuläres Thema. Aber Quoten wirken, oder?
Richtig. Aber wir müssen erst einmal mit diesen Gruppen in Kontakt kommen. Ich glaube, die Themen, die wir bieten, sprechen viele Migranten an. Wirtschaftsorientierung, innere und äußere Sicherheit, Eigenverantwortung, auch Sauberkeit und Ordnung – man kann ja Deutschland und auch Frankfurt in manchen Ecken als schmuddelig empfinden.

Die Fragen stellte **Martin Benninghoff.**

„Studierende sind am Ende“

Die Frankfurter DGB-Jugend will mit einer Online-Petition erreichen, dass die Semesterbeiträge der Hochschulen gesenkt werden. Derzeit sind in Frankfurt zwischen 350 und 370 Euro zu zahlen; darin inbegriffen sind unter anderem das RMV-Semesterticket (rund 215 Euro), die Abgabe für das Studentenwerk (81 Euro) und der Verwaltungskostenbeitrag von 50 Euro, der über das Land an die Hochschulen geht. In der Petition wird unter anderem verlangt, den RMV-Beitrag im nächsten Semester als Kompensation für die Corona-Belastungen zu streichen und ihn auf Dauer zu senken. Der Verwaltungskostenbeitrag solle komplett wegfallen. Die Asten der Goethe-Universität und der University of Applied Sciences unterstützen laut DGB die Aktion.

Nach Ansicht der Junggewerkschafter ist es ungerecht, dass Studenten derzeit den vollen Semesterbeitrag zahlen, obwohl sie nicht mit Bus oder Bahn in die Uni fahren müssten und die Mensen geschlossen seien. Die DGB-Jugend weist auf die großen Belastungen hin, denen die Hochschüler wegen der Pandemie ausgesetzt seien. „Viele Studierende sind völlig am Ende. Am Ende mit ihren Nerven, mit ihrem Geld und mit ihrer Geduld“, meint DGB-Jugendbildungsreferent Stefan Claus.

Ein RMV-Sprecher bezeichnete das Semesterticket als ein „auch preislich attraktives Mobilitätsangebot“ für Studenten. Eventuelle Preissenkungen müssten gegenfinanziert werden, wenn der Fahrplan nicht ausgedünnt werden solle – was den Wünschen der Kunden zuwiderlaufen würde. Johannes Tiebel, stellvertretender Geschäftsführer des Studentenwerks, erinnerte daran, dass die 81 Euro für seine Einrichtung ein „Solidarbeitrag“ seien, für den auch langfristige Gegenleistungen wie etwa der Bau von Wohnheimen erbracht würden. Im Übrigen würden zum Beispiel die Beratungsangebote trotz Pandemie in vollem Umfang aufrechterhalten und seien „mehr gefragt denn je“. zos.

Studenten uneins über U4-Tunnel

Die Jungen Liberalen fordern die direkte Anbindung des Campus Westend an das U-Bahn-Netz. Der Lückenschluss der U4 mit einer Station „Campus Westend“ würde einen „weiteren bedeutenden Schritt zur Stärkung des Universitätsstandorts Frankfurt“ bedeuten. Selbst der Tunnelbau sei mit Blick auf den Klimaschutz sinnvoll. Denn wegen der direkten Anbindung sei es für keinen der rund 30 000 Studenten und Universitätsmitarbeiter mehr nötig, das Gelände per Auto zu erreichen. Jahrelang hätten studentische Initiativen für den direkten Anschluss gekämpft.

Die Jungen Liberalen reagieren mit ihrer Forderung auf die Mitteilung der „Students for Future Frankfurt“, die den von Teilen der Stadtregierung und der Universität favorisierten Trassenverlauf der U4 unter dem Grüneburgpark hindurch ablehnen. Der Bau eines „nicht mehr zeitgemäßen Tunnels“ unter ohnehin schon gefährdeten Grünflächen „halten wir für fatal“, teilte die Gruppierung mit. Ihr Verständnis von einer Verkehrswende sehe dagegen den schnellen Ausbau von umweltfreundlichen Verkehrsmitteln vor. Der Tunnelbau „widerspricht diesem Ziel grob“. mch.

Der übliche Wahnsinn

In Zeiten der Pandemie bringt der März ein bisschen meteorologische Normalität

Dieses Virus macht uns alle noch irre. Egal, wie sehr wir uns auch anstrengen, egal, auf was wir alles verzichten, ja egal, was sich die Politiker in Wiesbaden und Berlin auch an immer neuen Regeln ausdenken – dieses fiese, kleine Ding, das streng genommen noch nicht einmal zu den Lebewesen zählt, will partout nicht verschwinden und sorgt auch nach einem Jahr immer noch für jede Menge Stillstand und Nerverei. Nach Monat über Monat der Ungewissheit ist man inzwischen schon froh, zu sehen, dass sich wenigstens ein paar Dinge nicht verändert haben: das große Pokern nach der Kommunalwahl im Römer zum Beispiel. Oder die ewige Streiterei in der Altstadt, bei der es jetzt zur Abwechslung mal um einen großen Bären geht. Oder die Visionen irgendeines ganz besonders kreativen Architekten, von denen einer neulich doch tatsächlich vorgeschlagen hat, Theater und Oper auf einer Brücke über den Main zu errichten. Ganz schön irre – aber eben auch der ganz normale Wahnsinn, den wir aus Vor-Pandemiezeiten kennen.

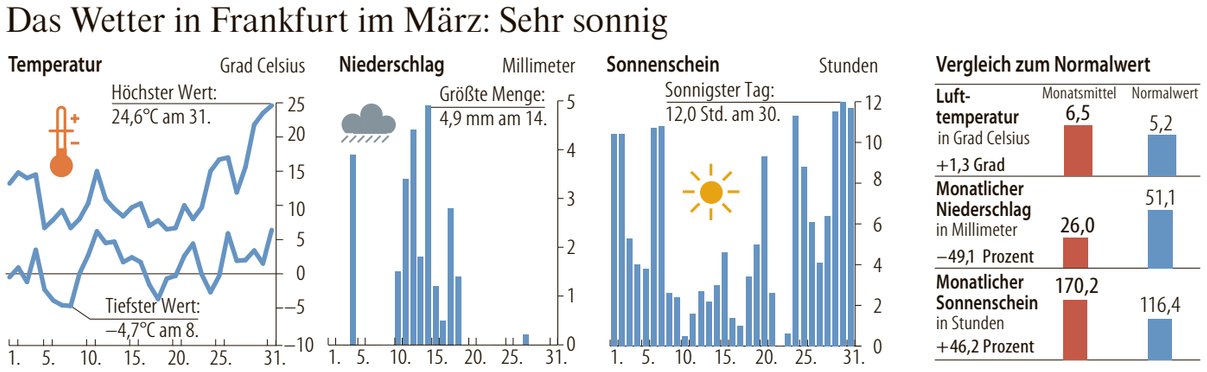
Einigermaßen normal war im vergangenen Monat tatsächlich auch einmal wieder das Wetter. Mit einem Mittelwert von 6,5 Grad war der März geradezu unschlagbar durchschnittlich. In der seit Aufzeichnungsbeginn im Jahr 1936 geführten Rangliste der wärmsten Märzmonate landet er im Niemandsland auf Platz 35. Und das, obwohl er 1,3 Grad über dem offiziellen Referenzwert von 5,2 Grad lag. Dieser Richtwert bezieht sich allerdings auf die Periode von 1961 bis 1990. Jener aus den 30 Jahren von 1991 bis 2020 beträgt dagegen wegen der fortschreitenden Erwärmung schon 6,8 Grad – was den März sogar zu einem um 0,3 Grad zu kühlen Monat macht.

Einen Wärmerekord hätte er trotzdem fast geknackt: Am letzten Tag des Monats, dem 31. März, erreichte die Temperatur an der Messstation am Flughafen nämlich 24,6 Grad – ganze 0,1 Grad weniger als am 30. März 1968, dem wärmsten bisher in Frankfurt registrierten Märztag. Ja, und auch nur 0,5 Grad weniger, als nötig gewesen wären, um den ersten sogenannten Sommertag in einem Frankfurter März zu feiern. Den schreiben die Meteorologen in ihre Bücher, wenn die Höchsttemperatur die 25-Grad-Marke erreicht oder überschreitet – und rund um Frankfurt ist das an diesem letzten Märztag tatsächlich auch an vielen Orten der Fall gewesen: etwa in Michelstadt mit 26,0 Grad, in Darmstadt mit 25,6 Grad und sogar in Offenbach mit 25,4 Grad.

Nicht gerade durchschnittlich, aber in gewissem Sinne auch schon wieder normal sind die Zahlen zum Niederschlag im März. Mit 26,0 Millimetern war es nämlich einmal wieder deutlich zu trocken – im fünften Jahr in Folge. Von den üblichen 51,1 Millimetern kam nur etwas mehr als die Hälfte vom Himmel. Das ist angesichts der üblichen Schwankungsbreite bei den Niederschlägen keine besonders erschreckende Zahl, sie verfestigt aber den seit einigen Jahren zu beobachtenden Trend zur Trockenheit.

Ein großes Plus haben die Meteorologen an der Flughafen-Wetterstation diesmal in der Kategorie Sonnenschein notiert. Statt der im langjährigen Mittel üblichen 116,4 Stunden wurden von ihnen 170,2 Stunden gemessen, was den März immerhin zum elftsonnigsten seit 70 Jahren macht – wobei der Abstand zum Spitzenreiter, dem März 2011 mit seinen 212,8 Stunden, dann doch noch recht groß ist. Deutlich beeindruckender ist da schon die Tatsache, dass es nur an einem Tag im vergangenen Monat gar keinen Sonnenschein gab, nämlich am 22. März. Das ist bisher erst zweimal vorgekommen, nämlich 2014 und 2019. Und einen März mit 31 Sonnentagen haben die Wetterleute bisher nur ein einziges Mal in ihre Statistik schreiben können, nämlich im Jahr 2002. Aber auch das könnte angesichts des stetigen Klimawandels bald zum Normalfall werden. Wobei man sich an so viel Sonne ja durchaus gewöhnen kann – im Gegensatz zu diesem fiesen, kleinen Virus. PETER BADENHOP

Das Wetter in Frankfurt im März: Sehr sonnig



Quelle: Deutscher Wetterdienst; Messung: Frankfurter Flughafen

F.A.Z.-Grafik Kaiser

RHEIN-MAIN
Leben in Frankfurt und der Region

VERANTWORTLICHER RESSORTLEITER: Helmut Schwan; Marie Lisa Kehler (stv.), Manfred Köhler (stv.).

Peter Badenhop (Koordination Newsroom), Matthias Trautsch (Koordination Reportage); Martin Benninghoff, Ralf Euler, Dr. Florentine Fritzen, Monika Ganster, Mechthild Harting, Katharina Iskandar, Alexander Jürgs, Ingrid Karb, Anna-Sophia Lang, Martin Ochmann, Rainer Schulze, Dieter Schwöbel, Jacqueline Vogt, Theresa Weiß, Sascha Zoske.

KULTUR: Michael Hierholzer (Koordination); Dr. Florian Balke, Katharina Deschka, Guido Holze, Eva-Maria Magel.

WIRTSCHAFT: Manfred Köhler (Koordination), Daniel Schleidt (stv.); Patricia Andreae, Falk Heunemann, Inga Janović, Petra Kirchhoff.

KORRESPONDENTEN: Wolfram Ahlers, Bernhard Biener, Oliver Bock, Luise Glaser-Lotz, Heike Lattka, Hanns Mattes, Jochen Remmert, Markus Schug.

LANDESPOLITIK: Dr. Ewald Hetrodt.

ONLINE: Thorsten Winter (Koordination); Daniel Meuren, Christian Riethmüller.

RHEIN-MAIN-SPORT: Der Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortlich: Anno Hecker; Ralf Weitbrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND REDAKTION:
Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main
Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4,
60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591-0,
Redaktions-Telefax (069) 7591-1773,
E-Mail-Adresse der Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Achim Pflüger. RheinMainMedia GmbH, Frankenallee 71–81, 60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7501-3336, Telefax (069) 7501-3337.
E-Mail: service@rmm.de

Anzeigenpreise laut RMM-Preisliste Nr. 26, gültig vom 1. Januar 2021 an.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Alle Rechte vorbehalten. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv